

Die Visa-Affäre: Ein Triumph des Patriotismus

1. Der Volmer-Erlass

„Die deutschen Auslandsvertretungen bewegen sich im Visumsverfahren im Spannungsfeld zwischen dem Ziel, größtmögliche Reisefreiheit zu gewähren und Deutschland als weltoffen, ausländer- und integrationsfreundlich darzustellen, andererseits aber einem wachsenden Einwanderungsdruck standzuhalten und illegale Einwanderung zu verhindern.“ (Präambel Volmer-Erlass, zit. nach FAZ, 24.2.).

Deutschland weiß, was es an der „Globalisierung“ hat. Es ist eine bedeutende Macht im Weltgeschäft und sich bewusst, welche Anstrengungen zum Erhalt und Ausbau dieser Stellung nötig sind. Weil Deutschland sich die Welt öffnen will, präsentiert es sich der Welt als eine „moderne“, „weltoffene“ und „ausländerfreundliche“ Nation. Das gilt insbesondere für die östlichen Anrainerstaaten von Schengen- und dem sich erweiternden EU-Europa. In einem immer weiter nach Osten ausgreifenden Imperialismus will Deutschland die Konkursmasse des Ostblocks und der SU an sich binden und zum ökonomischen und ordnungspolitischen Hinterhof der EU im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen machen.

Weil Deutschland von aller Herren Länder verlangt, ihre Grenzen für deutsche Interessen zu öffnen, wird Deutschland auch seinerseits mit der Forderung nach Liberalisierung des Grenzverkehrs konfrontiert; an den Schikanen, die sich ihre Bürger beim Grenzübergang gefallen lassen müssen, pflegen Souveräne nicht zuletzt den Grad der Wertschätzung abzulesen, den sie bei der anderen Nation genießen.

Das Auswärtige Amt befürchtet einen „Image-schaden“ und beschließt, etwas für das „Erscheinungsbild“ Deutschlands in aller Welt zu tun: Anfang 2000 werden die deutschen Auslandsvertretungen weltweit angewiesen, sich im „Zielkonflikt“ zwischen Reisefreiheit und der Verhinderung illegaler Einwanderung „in dubio pro libertate“ zu entscheiden. Bald darauf ergeht speziell für Osteuropa die Richtlinie, die Botschaften sollen beim Vorliegen einer Reiseschutzversicherung – die die Zahlungsfähigkeit des Antragstellers verbürgt – auf eine eingehende Einzelfallprüfung verzichten.

An der Zunahme der erteilten Visa hat man sich in Berlin zunächst nicht gestört; im übergeordneten Interesse der deutschen Ostpolitik hat man wohl auch gewisse Missstände in Kauf genommen und sich nicht schon durch die ersten diesbezüglichen Meldungen irritieren lassen: Was ist schon ein bisschen Schwarzarbeit gegen das große Ziel der friedliche Eroberung ganzer Nationen! Ende 2003 wird Berlin das Treiben an seiner ukrainischen Botschaft dann doch zu bunt; speziell für Russland und die Ukraine werden die Reiseerleichterungen wieder zurückgenommen.

Gegenüber anderen Nationen sind die Reiseerleichterungen teilweise noch in Kraft; mit China läuft ein vergleichbares Abkommen gerade an. Warum auch nicht: Die Vergabe von Visa ist kein selbstloser Dienst Deutschlands an reiselustige Bürger in aller Welt, sondern eine flankierende Maßnahme, mit der Deutschland sich die Dienstbarkeit der Welt erschließt. Dabei sind Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien und der Ministerien über die Feinjustierung der politischen Gewichte imperialistische Normalität und üblicherweise nicht von öffentlichem Interesse.

2. Die „Visa-Affäre“

Die Visa-Politik gegenüber der Ukraine ist längst korrigiert, alle Fakten sind seit Jahren bekannt: „Die Mehrzahl der Dokumente, die jetzt Tag für Tag Schlagzeilen machen, wären schon 2003 oder 2004 verfügbar gewesen.“ (SZ, 19.2.). Die ganze Angelegenheit gilt in Politik und Medien seit Jahren als ein nur mäßig interessantes „Seitenthema“, und selbst die Union schwankt in der Frage des im Vorwahljahr 2005 ohnehin einzuberufenden Untersuchungsausschuss zwischen den Themen Autobahnmaut und Visa.

Anfang dieses Jahres beginnt die Stimmung sich zu drehen – geändert hat sich nicht die zu beurteilende Sache, wohl aber der Maßstab der Beurteilung: Im Wechselspiel von Regierung und Opposition hat man den Stellenwert der Inneren Sicherheit absolut gesetzt und den Standpunkt von Ausländerfreundschaft und Multikulti diskreditiert; im Geist der neuen öffentlichen Moral – an deren Etablierung Rot-Grün nach Kräften mitgewirkt hat – will sich die Regierung nicht mehr so richtig und schon gleich nicht mehr so richtig offensiv zu ihrer alten Devise: „In dubio pro libertate!“ bekennen. In der SPD werden kritische Stimmen laut, und die Grünen bekommen kalte Füße: Volmer – inzwischen außenpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion – muss zurücktreten; Fischer übernimmt die Verantwortung für „mögliche Fehler des Botschaftspersonals“.

Jetzt kommt die Sache so richtig in Schwung. Die C-Parteien berufen sich darauf, dass die Regierung sich von ihrer einstigen Visa-Politik distanziert und setzen die begangenen „Fehler“ ins richtige patriotische Licht. Für den Standpunkt, dass unerwünschte Ausländer kriminell und gemeinschaftszeretzend sind, braucht die Opposition nicht erst noch zu werben; sie kann sich darauf verlegen, dieser grundsätzlich geteilten Gesinnung den gebührenden Stellenwert zu verleihen und lenkt den Blick der Öffentlichkeit auf das „völlig unvorstellbare“ Ausmaß, in dem die Regierung ihre selbstverständlichen Pflichten verletzt. Da nützt es der Regierung überhaupt nichts, wenn sie sich damit verteidigt, dass nach allen bekannten Statistiken ein Anstieg der Kriminalität infolge der vermehrt ausgestellten Visa nicht zu erkennen sei: Die massenhafte Einreise ukrainischer Hungerleider ist das massenhaft verübte Verbrechen; der unterstützende Service diverser Reisebüros keine rührige Privatinitiative im Kampf gegen eine überbordende staatliche Bürokratie, sondern „Schwerstkriminalität“, die aus niedrigsten Motiven die mühsam errichteten Dämme gegen illegale Zuwanderung unterminiert. Und mit diesen Kriminellen hat die Regierung kooperiert! Vor den Toren Europas steht der Feind, und Rot-Grün praktiziert „eine verantwortungslose ‚Macht die Tür auf‘ – Politik“ (CDU-Generalsekretär Kauder). Die Warnungen der redlich-besorgten Repräsentanten des Staatsinteresses – „Polizisten, Zöllner, Botschaftsangehörige, Richter“ – haben die Verantwortlichen ignoriert, was beweist, dass sie nicht nur unfähig, sondern vor allem unwillig sind, die Sicherheit Deutschlands zu bewahren.

Jetzt ist die Opposition – die an der laufenden Politik der Regierung nicht viel auszusetzen weiß und deshalb die reine Machtfrage in den Vordergrund stellt – am Ziel ihrer Beweisführung angelangt. Die inkriminierte Politik, mag sie auch selbst längst der Vergangenheit angehören, zeigt uns, welch Geistes Kind die regierenden „Multikulti-Ideologen“ sind: Die Verantwortungslosigkeit hat System, der Vaterlandsverrat ist Parteiräson! Solche Parteien haben sich selbst aus der Solidarität der Demokraten ausgeschlossen; solche Politiker haben die Lizenz, öffentliche Ämter zu bekleiden, ein für alle Mal verwirkt: Sie sind ganz einfach unmöglich und völlig unten durch. Das macht die Opposition in Wort und Tat deutlich. Gegen Volmer und Fischer wird Strafanzeige erstattet, und der Vorsitzende des Visa-Untersuchungs-Ausschuss, Uhl, gibt den passenden Tonfall vor: Fischer ist ein „außenpolitischer Triebtäter“, der für seine perversen Neigungen die „Schwarzarbeit fördert und Zwangsprostitution duldet“. Also eigentlich selbst betreibt: „Zuhälter!“ (M. Glos) Der Hinweis auf die „Zwangsprostitution“ darf nicht fehlen, weil der Siegeszug des Patriotismus erst dann vollendet ist, wenn der Gegner – in diesem Fall die grüne „Frauenpartei“ – auf eigenem Terrain geschlagen ist. Die Öff-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer – Was denn sonst? So funktioniert Kapitalismus!

5 Millionen Arbeitslose in Deutschland sind die systemgemäße Konsequenz hochproduktiver Arbeit

Politiker und Journalisten wissen, was sie dem Volk zu sagen haben: Wenn der Armutsbericht wieder einmal feststellt, dass die Armut wächst, sagen sie dem Volk den Grund dafür: die rekordhohe Arbeitslosigkeit. Und für die wissen sie auch einen Grund: Das schwache Wirtschaftswachstum. So teilen sie den Opfern der Gewinnmaximierung mit, dass ihnen nur durch noch mehr Gewinn und noch mehr Wachstum der Kapitalvermögen zu helfen ist. Mehr Wachstum, das wissen sie auch noch, ist aber nur durch noch mehr Armut zu haben: Sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten sollen den Unternehmern die Gewinnproduktion noch lohnender machen, damit sie mehr davon unternehmen. So verpflichten die Meinungsmacher die Opfer dieser Wirtschaft immer wieder von neuem auf den Weg, der sie in die Scheiße geritten hat.

Tatsächlich sind Grund und Folge nämlich anders verteilt: Die Profitmacherei – und nicht etwa zu wenig davon – ist der Grund der Armut; und das Wachstum von gestern – nicht zu wenig davon – ist Grund der Arbeitslosigkeit heute. Arbeitslosigkeit ist sozusagen der perverse Lohn, den das System seinen Arbeitskräften für die immerzu steigende Produktivität ihrer Arbeit bezahlt. Die riesige Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte, das Maß ihres Elends, ist geradezu ein Maßstab der erreichten Produktivität der Arbeit, der Quelle des materiellen Reichtums.

Donnerstag, 12. Mai 2005, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Festsaal,
Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Lehren aus dem „Feinstaub-Alarm“:

Feinstaub ist schädlich

– für Bund, Länder, Kommunen, Einzelhandel, (Auto-)Industrie und Konjunktur

Nach den Osterfeiertagen geht es nicht um Schadstoffe in Nahrungsmitteln, Wäldern oder Flüssen. Auch nicht um Nickel, Blei, Schwefelmono-/dioxid, Ozon und Radioaktivität in der Luft. All das wird zwar auch in europäischen oder nationalen Umweltrichtlinien geregelt, ist aber jetzt nicht dran. Jetzt dreht sich alles um ‚Feinstaub‘. Die Bürger weden gewarnt vor einer „unsichtbaren Gefahr“, vor „mikroskopisch kleinen Killer-Partikeln“, die aus Dieselruß, Baustaub, Reifenabrieb oder Abgasen aus Industrie und Heizungen stammen und so klein sind, dass sie in Nase und Mund nicht hängen bleiben, sondern ungehindert in Atemwege und Blut gelangen. Die Gefahr existiert schon seit Jahren, – am Ostermontag wird aus ihr ein „Skandal“: Laut einer EU-Richtlinie von 1999, die seit 1. Januar 2005 auch in Deutschland in Kraft ist, sind nicht mehr als 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft an 35 Tagen im Jahr erlaubt. Jetzt ist 36. Tag oberhalb des Grenzwerts erreicht, die Stadt München wird von einem Anwohner verklagt und damit wird aus dem feinen Staub der „Feinstaubskandal“. Indem die Öffentlichkeit die Überschreitung des von der EU festgelegten Grenzwerts (bzw. des Zeitrahmens) zum Grund macht, einen Skandal auszurufen, gibt sie zu erkennen, dass sie Schadstoffkonzentrationen unterhalb des Grenzwerts nicht für skandalös und nicht der Aufregung wert hält. Was der

Feinstaub-Grenzwert

erlaubt, ist aber auch nicht von Pappe. Der Grenzwert soll – nach Auskunft der zuständigen Experten – ein „Kompromiss aus medizinisch Sinnvollem und technisch Machbarem“ sein. (Spiegel online, 31.3.) Ein „Kompromiss“ liegt in der Tat vor, seine beiden Seiten sind jedoch ein wenig anders beschaffen als der Fachmann für Umwelt und Gesundheit behauptet. Wenn die Politik Grenzwerte für Schadstoffe wie Feinstaub festlegt, liegt allemal ein anderer „Kompromiss“ vor als der albern ausgedachte zwischem dem medizinisch Guten, Wahren und Schönen und den harten Ge-

setzen von Wissenschaft und Technologie, an der schon so manche Weltverbesserung Schiffbruch erlitten haben soll.

Das „medizinisch Sinnvolle“ ist nicht das gesundheitlich, sondern das volksgesundheitlich Sinnvolle: Der EU und den zuständigen Fachleuten ist bekannt (durch ihre Verlautbarungen im Zuge des Skandals wird das dann auch dem Laien bekannt gemacht), welche Organe wie durch die kleinen Partikel geschädigt werden. Sie dringen ein in Lungenbläschen, Bronchien und Blut, verändern den Zellstoffwechsel (Folgen: Entzündungen, Wucherungen, Krebs) und vermindern die Fließqualität des Bluts (Folge: Herz-Kreislaufkrankungen). Die Vermeidung der Freisetzung des Schadstoffs, das „medizinisch Sinnvolle“, steht aber gar nicht auf dem Programm, wenn ein Grenzwert festgelegt werden soll. Hier wird die umgekehrte Frage gewälzt: Wie viel von dem Schadstoff soll erlaubt und freigesetzt werden können, ohne dass es zu „zu vielen“ Krankheits- und Todesfällen kommt. Die „epidemiologischen Untersuchungen“ der EU fördern zu Tage, dass nicht nur eine vertretbare Anzahl von Volksgenossen die aktuell übliche Dosis nicht aushält, sondern das Volk massenhaft geschädigt wird. „Allein für Deutschland“ rechnet sie „jährlich 65.000 Tote“ aus und beschließt, dass es in Zukunft weniger sein sollen, weswegen die Jahresdosis sinken muss.

Diesem seuchenmedizinischen Gesichtspunkt steht ein zweiter entgegen: Das „technisch Machbare“ hat wenig mit Technik und ganz viel mit deren Kosten zu tun. Marktwirtschaftlich rechnende Unternehmer kalkulieren mit Kosten, die es niedrig zu halten gilt, und Emissionsbeschränkungen sind da allemal von Übel, weil sie die billigste Lösung – ab damit in die Luft – verbieten. Zwischen den gegensätzlichen Notwendigkeiten der Volksgesundheit und der Volkswirtschaft hat die EU eine Abwägung getroffen und einen Grenzwert beschlossen. Sie hat übernommen, was die Wäch-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Das hat dem Moralhaushalt der Reformrepublik noch gefehlt:

Ein neues Geschichtsbild präsentiert das Dritte Reich als „Wohlfühl-Diktatur“ mit Spätfolgen

Geschichte, heißt es, muss immer wieder neu geschrieben werden. Und, auch daraus macht die Kunst der Geschichtsdeutung kein Hehl, jede Neuinterpretation der Vergangenheit erfolgt nach maßgabe des Zeitgeists, in welchem ihr Autor beheimatet ist. Das macht Geschichtsbilder – ausgerechnet – ‚aktuell‘ und eignet sich angeblich super zur geistigen ‚Orientierungshilfe‘ der Zeitgenossen. Götz Alys neue Hitler-Interpretation (Hitlers Volksstaat – Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005) verlässt keinen Augenblick diesen moralischen Kreislauf: Von dem sehr klassenbewussten Reformgeist Schröder-Deutschlands lässt sich „*der unbequeme Denker*“ (Die Welt) zu neuen Fragestellungen und „*kühnen Thesen*“ (Der Spiegel) inspirieren; Hitlers „*nationaler Sozialismus*“ (38), aber auch der heutige Sozialstaat erscheinen so in einem völlig neuen Licht. Das Bedürfnis nach frischem historischen Sinn ist augenscheinlich enorm: Das „*provokante Buch*“ (Die Zeit) hat es gleich am Erscheinungstag in die ‚Tagesthemen‘ und alsbald in die Bestsellerlisten geschafft.

Aly will die alte Frage: „*Wie konnte das geschehen?*“ (35) ein weiteres Mal neu beantworten. Grundlage seines neuen Forschens ist somit auch für ihn die sehr grundsätzliche Antwort, die diese Frage bereits enthält: Der wuchtige Auftritt des Dritten Reiches in der deutschen Geschichte ist eigentlich ‚unvorstellbar‘; wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre im Staat, hätte es so ein Verbrechen ‚im Namen Deutschlands‘ nie geben können. Die Grundfrage aller Faschismusforschung lautet also des Näheren, wie es *trotzdem* zu der allbekannten weltkriegstauglichen Einheit von Volk und Staat kommen konnte: „*Dass das Herrschaftsgebäude Hitlers vom ersten Tag an höchst labil gefügt war, ist bewiesen. Zu fragen ist, wie es stabilisiert wurde.*“ (35) Von daher begibt sich Aly – wie alle Faschismusforscher vor ihm – auf die Suche nach *Methoden* der Stimmungsmache seitens der Führung und auf Seiten des Volkes nach *Motiven* für das Mitmachen, die mit der Sache, in der man mitgemacht hat, nichts oder allenfalls sehr indirekt was zu tun haben. Im Unterschied zu seinen Kollegen, die viel von Manipulation, Verführung und Terror sprechen, wartet Aly im Gestus des ganz der Wahrheit verpflichteten Tabubrechers mit einer spektakulären Reaktivierung der Kollektivschuldthese auf: Materielle Bestechung seitens des Regimes und die Bestechlichkeit seitens des Volkes präsentiert er als den Kitt, der das „*Spannungsverhältnis zwischen Volk und Führung*“ (35) bis zum bitteren Ende funktional gemacht hat.

Das Dritte Reich – ein „Fürsorgestaat“

Zum Beleg dieser späten Neuentdeckung präsentiert Aly zunächst eine für den Beweis zweck sorgfältig sortierte Faktenlage: Aly interpretiert Hitler und sein Gefolge als „*klassische Stimmungspolitiker*“, die „*sich fast stündlich fragten, wie sie die allgemeine Zufriedenheit sicherstellen und verbessern konnten.*“ (36). Fakten- und fußnotenschwer erfährt man, wie die nationalsozialistische „*Politik der volksnahen Wohltaten*“ (36) ein wahres Füllhorn sozialpolitischer Gaben über die Durchschnittsarianer ausgoss: Familienlastenausgleich, Ehestandsdarlehen, Kindergeld, Erhöhung des steuerfreien Grundbetrags usw. belegen für Aly die „*Fürsorglichkeit des Regimes*“ (38). Sogar der Stand der Gerichtsvollzieher musste sich ein „*soziales Empfinden*“ (21) zulegen. Gleichzeitig sorgte die braune „*Politik der sozialen Gerechtigkeit*“ (37) für mehr Chancengleichheit und für eine höhere Aufstiegsmobilität, verordnete Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge sowie eine Verdoppelung der Urlaubstage mitsamt tariflichem Urlaubsgeld. Insbesondere bei der Finanzierung ihres Krieges achteten die Nazis peinlich genau darauf, dass die ohnehin schon knappen Kassen der lohnabhängigen Volksgenossen nicht auch noch mit zusätzlichen Steuern behelligt wurden.

Aus Alys Sicht sind all diese sozialstaatlichen Maßnahmen keine zur Herstellung und Pflege

einer ‚gesunden‘ und damit leistungs- und schlagkräftigen nationalen ‚Volksgemeinschaft‘ – da glaubt er den einschlägigen Quellen kein Wort –, sondern ein einziger, monströs dimensionierter Bestechungsversuch der braunen Gangster: Mit einem „*sozial- wie rassenimperialistisch gespeisten und kriegssozialistisch versüßten Wohlleben*“ (326) „*erkauften*“ sich die Nazis „*den öffentlichen Zuspruch oder wenigstens die Gleichgültigkeit jeden Tag neu*“ (36). Andernfalls, so darf man vermuten, hätten die Deutschen wohl von einem Tag auf den anderen einen Aufstand vom Zaun gebrochen. Von einem allgegenwärtigen Befehlsnotstand, der das an sich gute Volk zum Bösen zwang, oder von einer demagogischen Genialität des Führers, der es dazu verführte, will Aly nichts wissen. Der originelle Denker gefällt sich vielmehr darin, solchen Verständnis heischenden Faschismustheorien eine weitere Variante hinzuzufügen: Die gängigen *Entschuldigungen* des deutschen Volkes ersetzt er durch eine nicht minder läppische *Beschuldigung*. Alle haben sich durch die bereitwillige und eigensüchtige Annahme sozialpolitischer ‚Vorteile‘ und der damit verbundenen Akzeptanz des Unrechtsregimes schuldig gemacht. Die Erkenntnis, dass ein verwerflicher Materialismus des Volkes die Disposition zu seiner Bestechung war, kann Aly allerdings nicht ‚den Fakten‘ abgelauscht haben; das ist schon die Interpretationsleistung des Historiographen. Sie lebt nämlich ganz von der freiheitlich-demokratischen Überzeugung davon, was in Zeiten des nationalen Notstands eigentlich fällig ist: Ein anständiger, d.h. die nationalen Rechte verteidigender Krieg wie auch die dafür notwendige Aufrüstung in seinem Vorfeld sind sachgerecht nur durch eine nationale Kraftanstrengung und das heißt immer noch durch eine bedarfsgerecht gesteigerte Ausbeutung der Massen zu finanzieren. Von daher erscheint es als einziges *Geschenk*, dass Hitler dies *nicht* so gehandhabt hat und so manche – für Aly viel zu viel – ‚Rücksicht‘ auf sein für höchst anspruchsvolle Vorhaben verplantes Menschenmaterial genommen hat. Da wurden die Lohnabhängigen doch glatt von Kriegssteuern verschont, während die Besserverdienenden und Vermögenden ganz schön belastet und sogar die exorbitanten Gewinne der Rüstungsindustrie abgeschöpft, die Körperschaftsteuer erhöht und die Hausbesitzer zu einer Sondersteuer vergattert wurden. Ein mündiges Mitglied der heutigen Reform-Republik merkt da sofort: Da steht alles auf dem Kopf!

Zur quellenmäßigen Stützung seiner Bestechungsthese wendet sich Aly den Bestochenen zu. Extensiv schlachtet er die landläufige Tour aus, die noch jeder nationalistischen Gesinnung, die das Wohl der Nation als absolute Voraussetzung des eigenen auffasst und deswegen auf eben dieses sehr prinzipiell zu verzichten bereit ist, eigen ist: Auf der Grundlage, dass ‚Mitmachen‘ bei allen Unternehmungen der nationalen Heimat sowieso eine kategorische Selbstverständlichkeit ist, sucht – und findet – noch jede staatsbürgerliche Gesinnung Anhaltspunkte dafür, dass sich ihr nationaler Idealismus materiell *rentiert*. Die wichtigsten Anlässe machen solch unerbittlich guten Bürger dann zum Indiz dafür, dass sie mit gutem Grund mit ihrer Mitgliedschaft in ‚ihrer‘ Nation zufrieden, ja sogar zu Recht auf sie stolz sein können. Natürlich findet sich massenhaft zweckdienliches Quellenmaterial, das die Zufriedenheit und Freude des arischen Untertanen über alle möglichen Maßnahmen seiner neuen Führung dokumentiert. All solchen Äußerungen glaubt Aly – hier überhaupt nicht quellenkritisch, sondern vulgärmaterialistisch – aufs Wort: Die Leute fühlten sich gut behandelt, also *waren* sie es auch. Zeitzeugen dieser Art zitiert Aly zuhauf – sogar der junge Literat Heinrich Böll, der von seiner Dienstfahrt an der Westfront zu Hause anfragt, was er denn Nettes per Feldpostpäckchen schicken solle, kommt genüsslich zu Wort –, um aus solchen von der Sache her lächerlichen Zeugnissen des Selbstbetrugs der ganz normalen Patrioten den *Grund* für ihr ‚Mitmachen‘ (bzw. für die Unterlassung ihres eigentlich zu erwartenden Widerstands) zu machen. Alys Beweisführung

bzw. das Konstruktionsprinzip seines Geschichtsbildes kommt denn auch über das ‚cui bono?‘ jeder einfältigen Kriminalstory nicht hinaus, welches hinter jedem nächst besten Vorteil, der sich aus einem Verbrechen ergibt, gleich das Tatmotiv und dahinter den Schuldigen ausmacht.

Das Resultat dieser Art Forschung reichert das deutsche Geschichtsbewusstsein mit wahrhaft bahnbrechenden Enthüllungen an: Mit kleinen Geschenken wurden die Deutschen in Krieg und Völkermord gelockt. Aus der Heimatfront wird eine Ansammlung von „*Nutznießern und Nutznießern*“ (361), aus dem menschlichen Kanonenfutter wird eine Bande „*bewaffneter Butterfahrer*“ (361). Das deutsche Volk, ein Heer von verhätschelten Schnäppchenjägern, das sich bereitwillig für den Endsieg verheizen ließ, solange es ihn nicht auch noch aus der eigenen Tasche zu bezahlen hatte, fiskalisch gerecht behandelt wurde und gelegentlich einen französischen Haushalt ausrauben durfte. Die Billigung eines Völkermords hält Aly für erschöpfend ‚motiviert‘, wenn Kriegswitwen ein paar Spielsachen für die Kleinen und ausgebombte Rentner ein paar Secondhand-Klamotten abbekommen.

Krieg und Rassenkrieg – eine Gegenfinanzierung der ‚sozialpolitischen Wohltaten‘

Wenn die braunen Populisten ihr „*sozialpolitisches Appeasement*“ (360) nur als Funktion ihres Machterhalts betrieben, was wollten sie dann eigentlich? Die Antwort liegt auf der Hand: Bloß ihre eigene Macht! Ein einziger Verrat am Staatszweck. Und ein einziger Skandal für den Staatshaushalt. Hitlers „*systematische Bestechung mittels sozialer Wohltaten*“ (333) stellt nämlich nach Alys sachkundiger Beurteilung eine enorme Verschwendung dar. Und die rächt sich natürlich. Sie muss nämlich finanziert werden. Die kleinen Geschenke der „*Gefälligkeitsdiktatur*“ (36) zur Erhaltung der guten Stimmung im Volk erklärt Aly zum Kern von Hitlers Verbrechen, weil er darin den systemnotwendigen Grund für die Erschließung unkonventioneller Finanzquellen, sprich für den „*staatlich organisierten Großraub*“ (346) erblickt: „*Daraus ergab sich der immanente Zwang (!) zu Krieg und Raub.*“ (353)

Der Beifall, den Aly gerade auch von jüdischer Seite für seine schonungslosen Schuldsprüche über seine Landsleute bekommt, übersieht allerdings die Tücken, welche in einer solchen Motivforschung mit ihrer Trennung von Vorsatz und Tat liegen. Sie schließt nämlich keine kleine *Verharmlosung* Hitlers ein: Nicht einmal er *wollte* hiernach den Krieg oder die Judenverfolgung kraft seines politischen Programms, er *musste* den von seinen eigenen Versprechen geweckten Materialismus der Leute mittels Raum und Mord bedienen, um sich an der Macht zu halten. So kann man Alys Geschichte auch andersherum lesen: Hitler ist *bloß* wegen seines Machtwillens – und seiner damit verbundenen populistisch-fürsorglichen Machenschaften in die ‚unvorstellbaren Verbrechen‘ hineingeschlittert:

„Die Sorge um das Volkswohl der Deutschen bildete die entscheidende Triebkraft für die Politik des Terrorisierens, Versklavens und Ausrottens.“ (345) Es bedarf keiner geringen interpretatorischen Rohheit, um zu diesem Urteil zu kommen. Gezielt ignoriert Aly die Zweckbestimmung des nationalsozialistischen ‚Volkswohl‘-Programms, das unmissverständlich das Wohl eines nationalen Kollektivs namens Deutschland als Triumph über seine inneren und äußern Feinde meinte und nicht das Wohl des Individuums zum Zwecke seines – damals als ‚egoistisch‘ und ‚volksfeindlich‘ gebrandmarkten – persönlichen Vorteils. Aly aber stürzt sich ganz auf die zweite Hälfte des Wortes ‚Volkswohl‘, um aus ihr herauszulesen, dass da mit Sozialismus Ernst gemacht, also mit viel Geld und Mitteln das ‚Wohl‘ der breiten Massen befördert und damit das Regime beliebt gemacht werden sollte. So wird aus der Brutalität, die mit ‚Volkswohl‘ gesagt ist, und die in seiner Gleichsetzung mit dem Staatswohl,

welches in einem ‚ewigen Kampf ums Dasein‘ kriegerisch gegen konkurrierende minderwertige Völker durchzusetzen ist, besteht, eine einzige Wohltat für die Leute. Entsprechend apart gerät denn auch seine Interpretation der faschistischen Ideologie von der Einheit von Volk und Führer. In Alys Augen war das nämlich gar keine Ideologie, sondern Realität: Da setzen die Nazis ihr bis zur letzten Konsequenz ernst gemeintes Rassenprogramm in die Tat um und verwerten die jüdischen Hinterlassenschaften. Da plündern sie im Zuge ihrer kriegerischen Wiederherstellung deutscher Größe die eroberten Volkswirtschaften und lassen auch die Landser bei Gelegenheit privat plündern. All das ergibt einen Beitrag für die deutsche Kriegswirtschaft. Aly dreht – wie schon bei den bestochenen deutschen ‚Nutznießern‘ – die Sache ganz einfach um und schon kommt Sinn in den ‚Wahnsinn‘: Banale *Beute* wird zum Zweck eines Krieges, der immerhin die Gewaltverhältnisse in ganz Europa und der ganzen Welt auf den Kopf stellen sollte. So *mutiert* der Krieg zum „*konsequentesten Massenraubmord der modernen Geschichte*“ (318), als dessen Nutznießer Aly den NS-Staat und seine „*Herrenmenschen*“ (318) vorstellt macht.

Der heutige Sozialstaat – eine historische Hypothek der NS-Verbrechen

Der Beitrag solch sinnreichen historischen Schwachsinn für den Moralhaushalt der Nation besteht in der Lehre, die sich aus ihm für die Gegenwart ergibt. Aly will drastisch vorführen, wie Populismus Staat und Volk ins Verderben stürzt; die Begriffe „*populär und verbrecherisch*“ (38) sind für ihn synonym. Auch und gerade an ‚populistischen‘ Zuwendungen entlarvt sich eine ‚bad governance‘. Der Begriff ‚Gefälligkeitsdiktatur‘ sagt alles: Staatliche Gefälligkeiten sind nicht nur vom Standpunkt des öffentlichen Haushalts verantwortungslos, sie führen sachzwangartig immer mehr ins Verderben und Verbrechen. Der einzig wirklich zu befolgende Sachzwang ist daher eine kompromisslos klassenbewusste Führung der Regierungsgeschäfte. Eine verantwortungsbewusste nationale Führung versteht sich bei Bedarf auf Blut- und Tränenansagen an gemeine Volk und widmet ihre Fürsorge ganz den Geschäftsbedingungen ihrer Unternehmerschaft. Ein Gemeinwesen, das sich marktwirtschaftlich bewähren will, verträgt einfach keine Rücksicht auf das Wohlergehen ihrer Mitglieder; die Konsequenzen des Kapitalismus für die kleinen Leute mildern zu wollen, ist ein in den Abgrund führender Idealismus. Umgekehrt: Wer seinem Volk Gutes tun will, verdirbt es! Auch das zeigt ein modern interpretierter Nationalsozialismus. Das deutsche Volk hat nicht, wie oft gemutmaßt wird, wegen eines verführten Patriotismus ‚mitgemacht‘, sondern weil es viel zu wenig von diesem hohen Wert zeigte bzw. weil ihm viel zu wenig davon abverlangt wurde. So kommen nebenbei damalige Maßstäbe der selbstlosen Opferbereitschaft für Volk und Staat zu einer gewissen Ehrenrettung: Eine anständige patriotische Gesinnung ist belastbar und bedarf keiner materiellen Zuwendungen; ein nur mittels Bestechung bei Laune zu haltendes Volk ist ein zu jeder Schandtat bereiter Haufen.

Aly will mit solchen Weisheiten nicht nur die unpopuläre Reformpolitik der jetzigen Führung Deutschlands ins historische Recht setzen, er will auch das oberste Objekt der Reformen, den Sozialstaat, ins historische Abseits stellen. Es geht ihm um die Erkenntnis der historischen Zusammenhänge, die den modernen Sozialstaat mit dem ‚dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte‘ verbindet. Hitlers sozialistisches Bestechungssystem hat nämlich nicht nur in der DDR bis unlängst eine Fortsetzung gefunden, auch einige wesentliche Teile des heutigen – inzwischen zur Belastung gewordenen – bundesrepublikanischen Sozialstaats wurden damals eingeführt, verdanken sich also solchen ‚Motiven‘: „*Nationalsozialistische Sozialpolitiker entwickelten die Konturen des seit 1957 in der BRD selbstverständlichen Rentenkonzeptes, in dem alt und arm* **Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 Mitte**

Sozialistische Gruppe

Erlangen Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

**DIE VISA-AFFÄRE:
TRIUMPH DES PATRIOTISMUS
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten**

fentlichkeit versteht den Hinweis automatisch richtig: Damit das Angebot aus den Regionen, in denen die Marktwirtschaft ein alternatives Elend etabliert hat, und eine ebenso zahlungskräftige wie unersättliche Nachfrage aus den Metropolen des europäischen Geschäfts nicht zusammenkommen, braucht es eine Mauer, die zwischen osteuropäischem Elend und deutscher Sittlichkeit trennt. Soweit wäre im christlichen Abendland alles in besserer Ordnung – hätten da nicht grüne Außenpolitiker dieser Mauer das Trennende genommen und damit „die größte Menschenrechtsverletzung seit '45 begangen“! Den Ausbau einer undurchlässigen ‚Festung Europa‘ schulden wir schon dem Selbstbestimmungsrecht der ukrainischen Frau. Gute Dienste erfüllen auch die Schilderungen der Zustände auf dem „Arbeiterstrich“ ukrainischer Schwarzarbeiter. Hier muss nichts beschönigt werden, weil die Öffentlichkeit diesen Berichten keine Klarstellungen über die Geschäftsbedürfnisse des Kapitals, sondern den Beweis entnimmt, dass Rot-Grün auf ganzer Linie „moralisch gescheitert“ (Stoiber) ist.

*

Die „Multikulti-Ideologen“, die statt ‚Deutschland!‘ nur lauter Flausen im Kopf haben, beschädigen nicht nur ihre eigenen Ideale, sondern auch noch alles, was Deutschland und den Deutschen wichtig ist. Allen voran die Arbeitsplätze. Findige Migrations-Experten von der CSU haben herausgefunden, dass die über Deutschland einreisenden ukrainischen Schwarzarbeiter in Portugal die heimischen Bauarbeiter verdrängt haben, so dass diese wiederum in Deutschland den Deutschen ihre angestammten Arbeitsplätze streitig machen. Hinter den hier scheinbar legal arbeitenden Ausländern stecken also noch andere Ausländer, die noch nicht einmal Gastrecht haben! Auf die Plausibilität dieser Dominotheorie – anstelle des beliebten Dogmas ‚je elender die

**DAS III. REICH ALS „WOHLFÜHL-DIKTATUR“ MIT SPÄTFOLGEN
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten**

nicht länger gleichbedeutend sein sollten.“ (20) Was lernen wir daraus? Klar: Lohnabhängigkeit darf eben nicht mit Wohlstand, sondern nur mit Armut einhergehen. „Es waren solche Gesetze, die den nationalen Sozialismus populär machten und in denen auch Konturen der späteren Bundesrepublik Deutschland durchscheinen.“ (22) Das wirft ein böses Licht auf den Sozialstaat. Haben wir womöglich wegen Hitlers Bestechungsmanöver jahrzehntlang über unsere Verhältnisse gelebt, die Konkurrenzfähigkeit der Nation heruntergewirtschaftet und müssen jetzt schmerzhaft Einschnitte hinnehmen? Ja, verkündet Aly den verwöhnten, besser: bis dato korrupten Deutschen, deren viel zu hohes sozialstaatliches Anspruchsniveau ebenso zu den unseligen Nachwirkungen Hitlers gehört wie ihr jammender Widerstand gegen die fälligen Korrekturen:

„Vom Kündigungs- über Mieter- bis zum Pfändungsschutz bezweckten Hunderte fein austarierter Gesetze das sozialpolitische Appeasement. Hitler zeichnete damit die politisch-mentalen Konturen des späteren Sozialstaats der Bundesrepublik vor. Die Regierung Schröder/Fischer steht vor der historischen Aufgabe des langen Abschieds von der Volksgemeinschaft.“ (Götz Aly in der SZ vom 1.9.04)

So holt die historische Ideologie die politischen Vorgaben der Gegenwart ein: Längst hat Schröder den Sozialstaat zum Abschluss freigegeben, und Historiker à la Aly gewinnen daraus die historiographische Aufgabe, die guten Traditionen, die dem Sozialstaat lange Zeit nachgesagt wurden, durch schlechte zu ersetzen: Würde er bislang mit der glanzvollen Tradition seines Gründervaters Bismarck historisch approbiert –, und stellte jahrzehntlang einen erstrangigen Beweis für die Güte des nicht manchester-kapitalistischen, sondern sozialmarktwirtschaftlichen Systems dar – wird er jetzt in die Tradition Hitlers gestellt, damit in einen ursächlichen Zusammenhang mit den deutschen Großverbrechen gebracht und so historisch desavouiert. Das hat der geistigen Lage der Nation offenbar noch gefehlt: Sozialabbau im Namen der Vergangheitsbewältigung.

Arbeiter, desto reichlicher die Arbeitsplätze‘ gilt hier ein Verdrängungswettbewerb entlang der „Hierarchie des Elends“ – kommt es nicht an. Entscheidend ist, dass ein gewisser Zusammenhang hergestellt ist:

„Der eigentliche Skandal dieser Visa-Affäre ist doch, dass Rot-Grün mehr als fünf Millionen Arbeitslose zu verantworten hat und gleichzeitig alle Tore und Schleusen für billige Schwarzarbeiter öffnet. Das verdrängt die Deutschen vom Arbeitsmarkt und verkürzt die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen.“ (Stoiber, Focus, 9/05)

Die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Opposition besteht eben darin, ihre Wähler zur richtigen Kombination von Unterwürfigkeit und Anspruchsdenken zu erziehen. Gegenüber der Freiheit des Kapitals und den Haushaltsmanövern des Staates hat das Volk grenzenlose Duldsamkeit aufzubringen; das berechtigt es dann dazu, von der Regierung entschlossene Härte gegenüber ausländischen Hungerleidern einzuklagen. Die Konkurrenz illegaler Ausländer zu unterbinden – das ist ja wohl das mindeste, was das brave Volk sich von einer sozial eingestellten Regierung erwarten kann! Nach Lage der Dinge aber auch das einzigste: Der Hass auf Ausländer ist die heute einzig erlaubte Form des Eingehens auf die soziale Frage; die Bedienung dieses Hasses ist für eine Opposition, die dem Volk auch keine pfleglichere Behandlung angedeihen lassen will, die passende Art und Weise, die Unzufriedenheit über Arbeitslosigkeit und Hartz IV auszunutzen. Dabei will die Union keineswegs einer pauschalen Ausländerfeindlichkeit das Wort reden. Die vielen Ausländer, die Deutschland nützen, oder doch wenigstens als Preis für Deutschlands Stellung in Europa unvermeidlich sind, die muss das brave Volk schon ertragen; hier sind Weltoffenheit und christliche Duldsamkeit durchaus am Platz. Aber an diesem einen und ausgesuchten Punkt, an der Visa-Praxis der vergangenen Jahre, da darf sich das Volk so richtig auskotzen über das ausländische Gesindel und sich über eine Konkurrenz ausländischer Billiglöhner empören, die hier an den Haaren herbeigezogen ist, an der es sich aber ansonsten in jeder Lohnrunde messen lassen muss.

Diese auf Zuruf zu mobilisierende Empörung bricht sich dann auch Bahn – und zwar einerseits so gründlich, dass sich die Regierung nur verwundert die Augen reiben kann, andererseits aber so gesittet, wie sich das nun einmal für eine Demokratie gehört: Die Regierung bekommt in allen Umfragen schlechte Noten, und eine Opposition, der die stattfindende Verelendung des Volkes nie weit genug gehen kann, sieht sich schon als strahlender Sieger der nächsten Wahlen.

3. Das „Projekt Rot-Grün“ schlägt zurück

Die Kampagne der Union sitzt. „Ideologen“ oder gar „Multikulti-Ideologen“ – das wollen Fischer und Volmer auf keinen Fall sein. Die Führung der Staatsgeschäfte unter kein anderes Gebot zu stellen als den Dienst an deutschen Interessen, mit der Verwaltung der Macht kein anderes Ziel zu verfolgen als mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln deutschen Reichtum und deutsche Macht in aller Welt zu vermehren – das ist für die Grünen eine Selbstverständlichkeit, die über jeden Ideologie-Verdacht erhaben ist. An diesem Leitfaden verteidigen sie bereitwillig ihre Politik: Den nationalen Idealismus der Weltoffenheit rechtfertigt Fischer mit dem Materialismus, genauer gesagt: mit dem Vulgärmaterialismus der Nation – „Wir leben von der Welt ... Allein durch die restriktive Visa-Politik in den Golf-Staaten entsteht uns ein jährlicher Schaden von einer Milliarde Dollar.“ (Die Zeit, 6.4.) Der Hinweis auf die orange Revolution („... wäre ohne eine Liberalisierung des Reiseverkehrs nicht denkbar gewesen“), mit der das „tapfer Volk der Ukraine“ so hochanständig für „unsere Interessen, unsere europäischen und unsere deutschen Interessen“ gekämpft hat, soll die nationale Empörung dämpfen. Den hämischen Anwurf, beim Volmer-Erlass habe man versucht, „grüne Ideologie in praktische Politik umzusetzen“ halten die Grünen für einen Vorwurf, den es auszuräumen gilt. Damit stellen sie klar, welchen Stellenwert die verbliebenen Spurenelemente grüner und alternativer Moral haben: Sie sind eben keine zu praktizierende „Ideologie“, sondern eine Zutat zur Macht, dazu bestimmt, den imperialistische Erfolgsweg Deutschlands auszus schmücken und zu überhöhen – genau so, wie das die C-

Parteien mit ihrem christlichen Tugendkanon immer schon vorgelebt haben .Das also ist das „Projekt Rot-Grün“: Eine alternative Politikermansschaft tritt den Beweis an, dass sie „es“ genauso kann und Deutschlands Zukunft auch bei Frauen und Männern mit bewegter Vergangenheit in den besten Händen liegt. Für diesen Beweis hat die rot-grüne Koalition alles getan: Da hat der kleine Koalitionspartner seinen ganzen Stolz darauf verwendet, sich aus einer Protest- zu einer politik- und regierungsfähigen Staatspartei zu mausern, hat für die Glaubwürdigkeit dieser Verwandlung Kriegen zugestimmt und sie in verantwortlicher Position geführt; da hat der große Koalitionspartner alle Reminiszenzen an eine ‚Arbeiterpartei‘ sooft und so nachdrücklich beerdigt, dass selbst der missgünstigste Gegner nicht mehr über den sozialdemokratischen Stallgeruch die Nase rümpfen kann. Und jetzt muss sich diese Regierungsmansschaft ausgerechnet wegen einer längst abgeschlossenen und unbedeutenden Konsultats-Angelegenheit nachsagen lassen, sie wären keine bedingungslosen und waschechten Nationalisten. Das tut weh und ist so peinlich, dass Fischer die Parteitagsdelegierten trösten will und ihnen zuruft, sie müssten sich nicht schämen für ihre Politik und ihre Partei.

*

Keines der nationalen Vorhaben und Projekte, mit denen die rot-grüne Bundesregierung das Volk in den letzten 11/2 Legislaturperioden traktierte, hat der Regierung in der Gunst der Wähler so geschadet. Nicht die eiserne Entschlossenheit, mit der die Regierung auch bei steigender Massenarbeitslosigkeit daran festhält, dass Arbeit die Existenzbedingung für Einkommen, und kapitalistische Rentabilität die Existenzbedingung für Arbeit ist. Nicht die radikale Reform des Sozialstaats, nicht Hartz IV und die Verarmung breiter Bevölkerungsteile und ganzer Regionen per Gesetz. Nicht der Krieg auf dem Balkan, nicht die Bundeswehreinätze am Horn von Afrika und im fernen Hindukusch. Die Opposition will schon schier

verzweifeln an dem „Teflon-Kanzler“, an dem „nichts kleben“ bleibt und an seinem Vize, den das Volk so liebt. Und dann das: Die Regierung stolpert in der Visa – Politik über Fehler, die keine sind, und das Volk empört sich über eine Zumutung, die es nicht betrifft.

Für solche Sorgen hat die Regierung allerdings Verständnis: „Wir waren uns zu sicher ... Wenn Einwanderung und Angst um Arbeitsplätze zusammenkommen, fragen sich die Leute natürlich: ‚Nehmen die meine Sorgen nicht ernst?‘“ (Grünen-Fraktionschefin Göring-Eckard, SZ, 23.3.). Mit einem schlichten Dementi begnügen sich die Grünen nicht. Außenminister Fischer unterschreibt auch noch die größte Hetze, die der Springer-Presse zu seiner Person eingefallen ist und räumt freimütig ein, seinerzeit „zwar ein sehr feines Sensorium für Nuklearexporte“, in Visa-Fragen aber „leider nicht die erforderliche Intensität auf dem Radarschirm gehabt zu haben“ (SZ, 6.4.). Er wirft sich in die Pose eines reuigen Sünders und verspricht, geläutert und extra sensibilisiert, die Radarschirme für unerwünschte Ausländer ab sofort auf maximale Intensität zu stellen. In Sachen nationaler Wahn will sich dieser Mann nicht noch einmal von der rechten Konkurrenz übertrumpfen lassen. Mit dem Bedürfnis, über Armut und Arbeitslosigkeit mit nationalistischer Hetze getröstet zu werden, ist das Volk also bei Opposition und Regierung in den besten Händen.

Vorabdruck aus GEGENSTANDPUNKT 2-05
Erscheinungsdatum: 3.Juni 2005

Im Buchhandel erhältlich:

Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,
Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12,
90402 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38,
90473 Nürnberg
Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag,
Türkenstr. 57, 80799 München
Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05
gegenstandpunkt@t-online.de

Vorankündigung

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahrszeitschrift

Vortrag mit Diskussion

**Habemus Papam!
– Vom Bedürfnis der aufgeklärten
Demokratie nach dem religiösen Wahn**

Da stirbt der Oberpriester einer Religionsgemeinschaft, die glaubt, ein vor 2000 Jahren hingerichteter Wanderprediger sei ein Gott gewesen, der jetzt im Himmel sitzt und seine Anhänger bis auf den heutigen Tag begleitet und bewacht und stärkt. Nach dem Tod ihres alten Chefs wählen die Häuptlinge der Priesterschaft einen neuen. Das ist kein Wunder. Eher verwunderlich ist der Rummel, den der Rest der Welt darum macht: Wochenlang sind alle Fernsehkanäle mit der Inszenierung eines öffentlichen Sterbens verstopft, alle sonstigen Hauptmeldungen fallen unter „ferner liefen“. Die Staatschefs aller imperialistischen Großmächte loben „Lebensleistung“ und „Charisma“ des toten Kirchenfürsten in den höchsten Tönen und finden die Zeit, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Dazu findet sich auch genug katholisches und nichtkatholisches Volk, das sich religiöser Verzückung hingibt, oder jedenfalls weiß, was es den überall in Rom präsenten Fernsehkameras schuldig ist: Moderne freie Bürger weinen, zeigen alle Zeichen von Verzweiflung angesichts der Todesmeldung, schreien und klagen bei der Totenmesse, und applaudieren – wie bei einer gelungenen Inszenierung – dem Holzsarg, sobald er an ihnen vorübergetragen wird. Eine gute Woche später wird den Gläubigen auf dem Petersplatz der neue Chef präsentiert, und wieder „wissen die Menschen vor Freude nicht mehr, was sie tun sollen“ (ARD life 19.4.) Sie lachen, weinen, tanzen, schwenken Nationalflaggen – noch länger hätten sie die Sedisvakanz nicht ausgehalten. Ein Leben ohne Papst ist ja wirklich nicht lebenswert.

Nach all dem wollen wir nichts mehr davon hören, dass ein angeblich modernes Abendland den zurückgebliebenen Moslems die „Aufklärung“ voraus hätte. Auch hier ist die Welt religiöser Einbildungen, der dazugehörige Zauber und das Außer-Sich-Sein weder ausgestorben noch bloße Privatsache, die man den alten Weiblein und Unverbesserlichen überlässt. Die Spitzen des freiheitlichen Staats selbst dokumentieren dieser Tage ihr großes Interesse an den Leistungen der Gottesmänner: Es ist für die Mächtigen wichtig, dass die Nicht-Mächtigen an einen Herrn im Himmel glauben, von dem sie Gebote und Führung annehmen. Von der berühmten Trennung zwischen Staat und Religion, die „wir“ angeblich haben und die Moslems nicht, ist jedenfalls nichts zu merken. Auch von Seiten der Religion her nicht: Es ist der Kernvorwurf gegen islamische Fundamentalisten, dass sie sich aus religiösen Überzeugungen heraus anmaßen, Politik zu machen und Staaten zu unterminieren; beim verstorbenen polnischen Papst zählt genau das zu seinen größten Leistungen: Man hält ihm zugute, beim Sturz der kommunistischen Staaten Osteuropas kräftig mitgeholfen zu haben. „Unser“ Fundamentalismus ist gut, gefährlich ist der andere!

Der Vortrag soll klären, was moralische Werte, was sinnhafte Orientierungen sind, was der christliche Glaube dazu beiträgt – und warum die politische Ordnung, die den Bürgern Freiheit und den „pursuit of happiness“ verordnet, ohne solchen Kram nicht auskommt.

Donnerstag, 16. Juni 2005, 20.00 Uhr
Ex-Komm, K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

LEHREN AUS DEM „FEINSTAUB-ALARM“
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

ter der Weltgesundheitsorganisation bereits beschlossen haben. 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, und da sie einen Kapitalstandort betreut, der demnächst der „wettbewerbsfähigste der Welt“ sein soll, haben die EU-Kommissare entschieden, dass die EU-Bürger auch wettbewerbsfähig im Aushalten von Schmutz sein müssen. Wo die WHO der Weltbevölkerung die besagte Dosis an 14 Tagen im Jahr zur Verabreichung freigibt, da sätelt die Kommission noch 21 drauf, macht 35.

Nach 79 Tagen des Jahres 2005 hat München sein EU-Kontingent an Tagen mit schmutziger Luft aufgebraucht, ist damit Vorreiter für Deutschland und jetzt besteht Handlungsbedarf. In der Nation wird eine

Debatte über Maßnahmen zur Einhaltung des Grenzwerts

geführt, die das Thema ‚Feinstaub‘ recht gründlich abwandelt. Zuerst nimmt sich die Öffentlichkeit die Frage vor, was man gegen die Partikel eigentlich tun kann, und sie gibt eine klare Antwort:

- Nichts tun kann man gegen den Staub, den die Industrie produziert. Der macht zwar 40% der Gesamtbelastung aus, da aber hier schon „weitgehend alles ausgezeit“ ist, – will sagen: bessere Luftfilter deutlich teurer als die vorhandenen wären – sind der Industrie emissionsenkende Maßnahmen nicht zuzumuten. Stäube dieser Herkunft können wir also schon mal vergessen. Der Verursacher ‚Straßenverkehr‘ hat zwar nur 25% auf dem Kerbholz, aber hier lässt sich was machen.

- Fahrverbote und City-Maut sind nicht machbar. Sie schaden dem Umsatz des Einzelhandels, weil sie das Einkommen mit dem Auto erschweren würden. Für die Industrie kommen beide Maßnahmen nicht in Frage, weil sie „in manchen Betrieben die Produktion zum Erliegen“ brächten. Solche dramatischen Gefahren malen Unternehmer an die Wand, die sich um ihre Transportkosten und Lieferzeiten für Vor- und Endprodukte kümmern und sich sicher sind, dass ihnen Übertreibungen nicht krumm genommen werden, weil von ihrem Privatinteresse alle anderen abhängen. Auch – Sonntagsfahrverbote kommen nicht in Frage. Sonntagsfahrten dienen zwar mehrheitlich nur dem Privatvergnügen, sind aber ebenfalls nicht verzichtbar. Weil auch Vergnügen Geld ausgeben ist, „Konsumzurückhaltung“ aber ein Vergehen am zarten Pflänzchen namens ‚Aufschwung‘ wäre, ist auch diese Maßnahme „kontraproduktiv“.

- Rußpartikelfilter, zumal solche, die nicht in Lkws eingebaut werden und somit dem Transportgewerbe höhere Kosten aufbürden würden, also Filter für Diesel-Pkws – die sind „sofort“ machbar. Natürlich nicht so, dass die Autoindustrie sie sofort einbaut. Die deutsche Autoindustrie hat schon bisher genauso wenig „geschlafen“ wie die vorbildliche französische Konkurrenz, sie hatte eine andere Verkaufsstrategie. Während jenseits des Rheins Rußfilter für ein „Öko-Image“ sorgen und so den Verkauf von Diesel-Pkws ankurbeln sollten, setzte man diesseits des Rheins auf andere Verfahren zur Minderung von Rußemissionen, die zwar nicht so effizient, aber kostengünstiger waren. Jetzt, wo der Filter her muss, will die Autoindustrie durch staatliche Subventionen für den Einbau des Filters sicherstellen, dass ihr keine Absatzeinbußen durch die Verteuerung ihrer Fahrzeuge entstehen. Der Bund hat für solche Ausgaben nichts übrig, weswegen er auf die Zuständigkeit der Länder für die Kfz-Steuer verweist. Auch die Länder wissen bessere Verwendungen für ihre Haushaltsmittel, weswegen nur „aufkommensneutrale Subventionen“ in Frage kommen.

So und nur so ist die Einhaltung der Feinstaub-Richtlinie also machbar: Die Diesel-Pkw-Besitzer, die sich den Rußfilter nicht leisten, bezahlen ihn den restlichen über eine höhere Kfz-Steuer. Allen volkswirtschaftlich wichtigen Subjekten sind Kosten für und Rücksichten auf die Atemluft nicht zumutbar.

Mit solch offenerherzigen Auskünften über systemnotwendige Gesundheitsschäden lässt es die Öffentlichkeit noch nicht gut sein. Sie ist der Auffassung, dass die eingestaubten Bürger ihre Sorgen vergessen und sich die Sorgen der Staubproduzenten und -verwalter machen sollten: Was wird eigentlich aus der Konjunktur und dem „nächsten Autofrühling, auf den

wir seit Jahren warten“ (Automobilprofessor Dudenhöfer), wenn wegen der Feinstaubdebatte der Kauf von 30.000 Dieselfahrzeugen aufgeschoben wird? Wer denkt an die Kommunen? „Die deutschen Städte tun sich schwer mit der neuen Verordnung.“ (Spiegel online, 31.3.) Was sonst nicht gerade üblich ist, Mitleid mit Subjekten, die Gesetze erst verletzen und dann in Frage stellen, ist in diesem Fall angesagt: Die Kommunen sind in der „Feinstaubfalle“, weil sie von „Feinstaub-Freischärlern“ verklagt werden, deren „Werkzeug die EU-Richtlinie“ ist. Opfer der „Feinstaubkrise“ sind Bund, Länder, Gemeinden und die (Auto-)Wirtschaft. Deren Wohlbefinden steckt in einer Krise und jetzt macht ihnen die EU das Leben auch noch durch Feinstaubauflagen schwer. Das ist der 2. und eigentliche Skandal der Feinstaubaffäre.

Dem folgt Nr. 3 auf dem Fuße. Wenn es Staat und Kapital schon so schwer haben, dann sind die andauernden „Feinstaubdebatten“, die das „Konsumklima vergiften“ und damit „Arbeitsplätze gefährden“, „neben der Kappe“. (Wirtschaftsminister Clement) Damit ist wie-der mal bewiesen, dass das Volk am meisten sich schadet, wenn es sich um seine Interessen oder seine Gesundheit kümmert, und die Affäre auf den Punkt gebracht:

„Je mehr in der Debatte Staub in jeder Größenordnung aufgewirbelt wurde, umso verwirrter wurden die Bundesbürger und horchten in sich hinein: der lästige Husten des Nachwuchses, dieses Ziehen in den eigenen Bronchien ...“ (Der Spiegel, 14/05)

Die Bundesbürger sind ein Haufen von eingebildeten Kranken, also von „Feinstaubhysterie“ befallen.

Wenn das so ist, können wir ja beruhigt auf-einatmen.

GEGENSTANDPUNKT 1-05

Die Freiheit auf dem Vormarsch, Revolutionen per Stimmzettel

Amerika spendet den Völkern der Welt Freie Wahlen

1. Das hohe Gut der freien Wahl Wählen funktioniert am besten, wo es zuhause ist: in den kapitalistischen Demokratien Diktatur resp. „ungefestigte Demokratie“: Warum das Wählen da etwas anders funktioniert Die Forderung nach freien Wahlen

2. Wenn der Ruf nach freien Wahlen von außen erschallt

Die Freiheit kommt mit Bomben: Krieg für Wahlen

Regime Change im neuen Osten: Wahlen als Kriegssersatz

Die demokratische Wende der Ukraine: Der Ost-West-Gegensatz in seiner heutigen Fassung kommt voran

Eine Einführung in die ukrainische Demokratie

1. Anmerkungen zu einer Legende
 2. Eine Wahlschlacht eigener Art
 3. Das politische Rechnungswesen der Ukraine
 4. Die imperialistische Substanz

Demokratisierung des Irak

Wahlen als untaugliches Mittel zur Entscheidung des Machtkampfs im Irak, und warum sie dennoch sein müssen

Die Wahl als Absage an und Sieg über den bewaffneten Widerstand

Die Bildung von Parteien und Wahllisten

Die militärische Offensive gegen den Aufstand

Der Kampf um die Wahl

Verhinderung/Durchführung um jeden Preis

Eine Gelegenheit für Machtansprüche

Einmischung der Nachbarstaaten

Die Wahlen finden statt – ein „überwältigender Erfolg“ (Bush)

Auch das Königreich Marokko ist gefragt

Mehr Demokratie wagen – für Amerikas Weltordnung und/oder die Rettung der marokkanischen Monarchie

Aktivposten bei der Terroristenjagd

Mut zur Demokratisierung, die proamerikanische Regieren stabilisieren soll

Bereit, den Mangel an Kapital in möglichst viele Gelegenheiten für amerikanisches Geschäft zu verwandeln

Ein strategischer Außenposten im Dienst an amerikanischer Weltkontrolle

Tauglich für eine Lektion Richtung Europa

Erhältlich im Buchhandel

Die SG veranstaltet regelmäßig einen Diskussionstermin alle 14 Tage mittwochs, 20.00 Uhr. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

So bewirtschaftet der Staat die Ressource Bildung

Früher gab es gelegentlich Demonstrationen unter der Parole: „Kampf der Wissenschaft, die fürs Kapital nur schafft“ – und es gab daher auch die Pflicht nachzuweisen, dass dem überhaupt so ist. So klar war das nämlich nicht.

Wissenschaft galt als Aufklärung, Hebel des Fortschritts hin zu einer besseren vernünftigeren Welt. Fortschritte der Naturbeherrschung wurden in längeres und gesünderes Leben, bessere Autos, Kühlschränke, Fernreisen, Humanisierung der Arbeitswelt übersetzt. Die Wahrheit war das nie – aber ein schönes ideologisches Weiß-Warum.

Ähnlich stand es um die Bildung. Sie stand im Ruf, den Menschen zu veredeln, ihm die Teilhabe an intellektuellen Leben zu eröffnen, seine Selbstverwirklichung erst so richtig zu ermöglichen.

Heute sieht man die Sache ganz anders: Vom Kanzler über Uni-Rektoren bis zu den protestierenden Studenten sind sich alle einig. Von Wissenschaft und Ausbildung erwarten sie sich nichts anderes als dass sie eine Ressource für die nationale Wirtschaft im globalen Konkurrenzkampf ist. Vom Fortschritt verspricht man sich nichts, oft genug weiß man um seine Nachteile – Atomtechnik und Genfood bringen uns um -; aber sie sind nötig und unverzichtbar. Unzufriedenheit mit Wissenschaft und Ausbildung wird vorgetragen im Namen dieser Funktion fürs Kapital. Der Kanzler verlangt: Mehr Innovationen, mehr High-Tech-Produkte muss die Wissenschaft schaffen. Die Studenten sind sich sicher: „Wir sind Ressource, an uns darf, ja kann man nicht sparen.“

Wenn sich schon alle Welt so klar ist darüber, dass Wissen und Bildung für nichts anderes da sind und da sein sollen als für das Geschäft des Kapitals und dass alle andren Menschen Bildung nur brauchen und wollen, weil sie damit den Herren Unternehmern auf dem Arbeitsmarkt ein Angebot machen müssen – dann lohnt es sich, zu untersuchen, was für eine absurde Rolle das Wissen als Mittel der Profitmacherei spielt – und wie es aussieht und wie es organisiert sein muss, damit es diese Rolle spielt.

Unsere Thesen hierzu stellen wir vor bei der

Diskussion

**am Mittwoch, 18. Mai 2005 um 20.00 Uhr
 im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen**

Weiterer Termin im Sommersemester 2005: 22. Juni

Arbeiter! Heraus zum 1. Mai – und ein Bekenntnis zu Staat und Kapital abgelegt!

Heuer ruft der DGB seine Anhänger mit einem sauberen Motto zu den Mai-Kundgebungen:

„Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!“

1.

Die tröstliche Mitteilung, der arbeitende Mensch sei „mehr als ...“, unterschreibt, dass er **zuerst und zweifellos die berühmte Nummer** in der Buchführung staatlicher und privater Stellen und **der fürs Kapital stets zu teure Kostenfaktor** ist. Im Trost, dass das nicht alles gewesen sein soll, geben die Kämpfer vom Deutschen-Gewerkschafts-Bund auch noch zu, dass, eine Nummer und ein Kostenfaktor in der Gewinnrechnung anderer zu sein, eine durch und durch beschissene Rolle ist. Das stimmt ja auch: Wenn der Lebensunterhalt der Lohnabhängigen für die Geschäfte der Firmen eine leidige Unkost ist, die den Gewinn beschränkt, und gesenkt gehört, dann ist der Lebensunterhalt der Arbeitenden offensichtlich nicht der Zweck, für den in diesem Land gearbeitet und gewirtschaftet wird. So ganz nebenhin gibt der Maiaufruf die denkbar umfassendste Kritik dieser Wirtschaftsweise zu Protokoll: Der Lohn der Arbeitskräfte ist die negative Größe der kapitalistischen Wirtschaft. Der Erfolg des Kapitals braucht schlechte Löhne. Also vertragen sich auch umgekehrt die Interessen der Arbeiterschaft nicht mit der Profitmacherei.

2.

Das alles soll halb so schlimm sein und gar nichts ausmachen, denn der Mensch ist, dem DGB zufolge, ja **nicht nur Kostenfaktor und Nummer**. Er ist außerdem ein menschliches Wesen mit einer Würde, zu deren Schutz sich unser Staat in seinem Grundgesetz verpflichtet hat; - ein Grundgesetz, das im nächsten Paragraphen das Privateigentum schützt, und damit das Recht der Vermögenden, Arbeiter je nach ihrer Geschäftsrechnung in ihren Betrieben billig anzuwenden oder zu entlassen. Dass der Kostenfaktor eine Würde hat, soll alles ungeschehen machen und heilen, was an Armut, Belastung und Existenzunsicherheit mit der Rolle des Kostenfaktors notwendigerweise einhergeht. Es stimmt ja: Der Staat schützt die Würde auch des Lohnarbeiters. Auch der ist

eine Rechtsperson. Auch mit ihm dürfen die wirtschaftlich Mächtigen nicht alles machen: Sie dürfen ihn nicht umbringen, einsperren, foltern und nicht mehr ausbeuten, als es die liberalen Gesetze dieses Landes vorsehen. Aber was hilft denn die Vorschrift, dass der Unternehmer mit seinen Arbeitskräften nicht alles machen darf, gegen alles das, was er nach Recht und Gesetz mit ihnen machen darf?

3.

Die Herren Gewerkschafter wissen selbst am besten, dass der ganze **Rechtsschutz, den der Grundgesetzartikel über die Würde des Menschen gewährt, nichts wert ist**. Glauben sie daran, bräuchten sie keine Mai-Demonstrationen zu organisieren, ja nicht einmal Gewerkschaften zu gründen: Sie bräuchten nur ein paar Rechtsanwältinnen damit beauftragen, die angeblichen Verfassungsbrüche durch Regierung und Kapitalisten zur Anzeige zu bringen, und schon könnten sie sich bei Gericht ihr Recht abholen. Aber so ist es eben nicht: **Die vom Staat gewährte Würde schützt vor Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Armut nicht.**

4.

Das stellen die Autoren des Mai-Aufrufs in Rechnung: Sie stellen keinerlei Forderungen an Staat und Kapital und sie prangern auch nicht eingebildete Verstöße gegen Arbeiterrecht und Menschenwürde an. Forderungen richten sie heuer ganz an die eigenen Leute: Die sollen **sich zum nutzlosen Fetisch ihrer Würde bekennen**. Je weniger sich Gewerkschafter von der staatlich geschützten Würde als Rechtsmittel und als Hebel für materielle Verbesserungen versprechen können, desto mehr kommt es ihnen darauf an, dass wenigstens ihre eigenen Mitglieder den Glauben an den Staat und die Werte seines Grundgesetzes nicht verlieren. Nach dem Willen der Gewerkschaftsführung sollen die menschlichen Kostenfaktoren heuer Patriotismus demonstrieren, Treue zu dem Staat, der ihre Ausbeutung „schützt“.

Na dann: Heraus zum 1. Mai!